

Brigitte Unger

Internationale Wirtschaftsverflechtungen und die Macht der global agierenden Finanzmärkte

Liberalisierung und Globalisierung: Auswirkungen auf Machtverhältnisse in Wirtschaft und Politik

Wenn man 1979 mit 4.200 Schilling (300 Euro) in der Tasche auf Maturareise nach Italien fahren wollte, brauchte man eine Genehmigung der Oesterreichischen Nationalbank zur Devisenausfuhr. Die Notenbank konnte nicht nur die →Devisenströme und den →Wechselkurs des österreichischen Schillings kontrollieren, sondern auch die Geldmenge und die Zinssätze, und damit Investitionen und Konsum. Nachdem 1974/75 die OPEC (Organisation Erdöl exportierender Länder) als Sanktion gegen die Länder, die im Yom-Kippur-Krieg 1973 Israel unterstützt hatten, die Ölpreise um das Sechzehnfache erhöhte (der Ölschock 1975), flossen große Summen Petrodollars in den arabischen Raum. Diese wurden nicht mehr in den Banken der USA oder Europas veranlagt, sondern in *Offshore Centers* (Dubai, Cayman Islands, die Kanalinseln, ...), die außerhalb der Kontrolle nationaler Notenbanken agierten. In diesen *Offshore Centers* konnten AusländerInnen (meist steuerfrei) ihr Geld anlegen. Als die Kapitalmärkte liberalisiert wurden, hatte die Liberalisierung de facto bereits stattgefunden: Das internationale Finanzkapital war durch Nationalstaaten kaum mehr kontrollierbar.¹ Mit der Liberalisierung der Kapitalmärkte, die weltweit in den 1980er-Jahren begann und 1987 auch in Österreich zur Abschaffung der Kapitalverkehrskontrollen führte, konnten KapitalanlegerInnen ungehindert ihr Vermögen weltweit verschieben. Seither entfallen zwar die lästigen Devisenausfuhr genehmigungen bei Maturareisen, die man übrigens damals bei seiner eigenen (noch verstaatlichten) Bank erhielt, aber damit entfiel auch die wirtschaftspolitische Möglichkeit, die Entwicklung der Finanzmärkte zu steuern. AnlegerInnen und Firmen konnten ungebremst Aktien, Wertpapiere und →Devisen ein- und ausführen, konnten ihr Geld und Vermögen in Sekundenschnelle weltweit transferieren, oft am Fiskus vorbei. Die Liberalisierung der Kapitalmärkte ging einher mit anderen Formen der Globalisierung: Weltweite Firmenimperien wurden aufgebaut, multinationale Konzerne wuchsen. Ihre Gewinne konnten sie weltweit in steuergünstige Gebiete verlagern, und ihr Kapital konnten sie ungebremst abziehen, wenn sich woanders eine günstigere Produktionsstätte bot.

Für die nationale Wirtschaftspolitik bedeutete dies eine enorme Verringerung des Handlungsspielraums. Sowohl die Geldpolitik als auch die Steuer- und Budgetpolitik verloren an Macht angesichts eines Finanzkapitals, das drohen konnte, auf Computerknopfdruck das Land zu verlassen, oder eines Konzerns, der mit der Auslagerung von Arbeitsplätzen in die Dritte Welt kokettierte. Auch für die Gewerkschaften bedeutete dies einen enormen Machtverlust, der sich vor allem in Zurückhaltung bei Lohnforderungen zeigte. Konzernfreundliche Wirtschaftspolitik, die mehr auf Wachstum, Leistungsfähigkeit und →Inflationsbekämpfung setzt statt auf Arbeitslosenbekämpfung und gerechte Einkommensverteilung (siehe Grafik „Magisches Vieleck“ auf S. 7 idB), war gefragt. Steuersenkungen, Staatsschuldenabbau, Verringerung des Einflusses des öffentlichen Sektors, →Privatisierung,

Nationale Notenbanken verlieren nach und nach die Kontrolle

Formen der Globalisierung

Macht geht ans Finanzkapital über

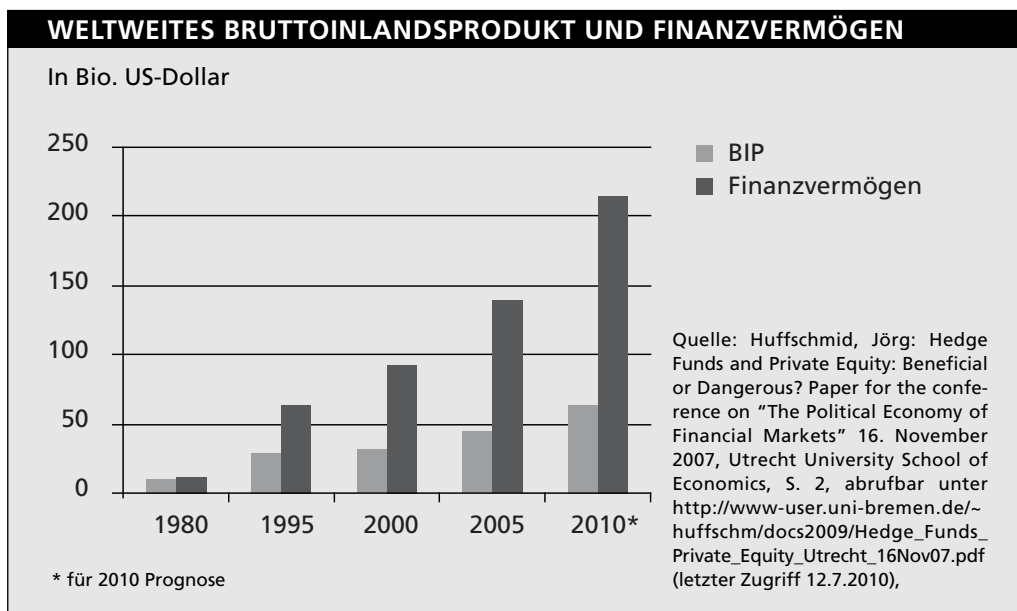
Weniger Einfluss des öffentlichen Sektors

→Deregulierung waren die neuen Vorgaben für nationale Regierungen. Als der französische sozialdemokratische Präsident François Mitterrand noch einmal einen Versuch startete, Vollbeschäftigungspolitik zu betreiben, und 1981 die Wahlen gewann, wertete der französische Franc über Nacht so drastisch ab, dass Mitterrand seine Pläne revidieren musste. Seither traute sich keine europäische Regierung mehr eine keynesianische Vollbeschäftigungspolitik zu betreiben und bezog bei wirtschaftspolitischen Maßnahmen die mögliche Reaktion der Finanzmärkte stets mit ein.

**Entwicklung
des welt-
weiten
Einkommens**

**Finanzmärkte
in eigener
Welt**

Betrachtet man die Entwicklung des weltweiten Bruttoinlandsprodukts seit 1980, sieht man, dass die Welt seither zwar ein deutlich höheres Einkommen aus der Produktion von Gütern und Dienstleistungen hat (2010 über 50 Bio. US-Dollar), aber dass das Finanzvermögen in diesem Zeitraum noch viel stärker, auf 214 Bio. US-Dollar, gestiegen ist. Während 1980 ein Dollar Finanzvermögen einen Dollar Güter kaufen konnte, sind 2010 vier Dollar Finanzvermögen am Markt um einen Dollar Güter zu kaufen² (s. Grafik „Weltweites Bruttoinlandsprodukt und Finanzvermögen“ unten). Da man Geld nicht essen kann, ist diese Entwicklung mit einer Cyberwelt zu vergleichen, in die die Finanzmärkte abgehoben haben. Sie haben ihre eigene Welt geschaffen, ihre eigenen Produkte und Bonuskultur, und haben zur realen Welt kaum mehr einen Bezug. Beispiel für solche Cyberweltprodukte sind sogenannte →toxische Wertpapiere, auch strukturierte Produkte genannt, und →Derivate, die die populären, gewinnbringenden Finanzinnovationen der letzten Jahre waren. Die „Innovation“ bestand oft nur darin, Papiere von zahlungsunfähigen Schuldner mit Papieren von Schuldnern mit besserer Bonität zu mischen und diesen Pool in Tranchen als neues Produkt zu verkaufen. Dass Finanzmärkte eigentlich dazu da sind, Ersparnisse von Haushalten in Kredite an Unternehmungen zur Produktion von Konsum- und Investitionsgütern und Dienstleistungen zu transformieren, gelangte zunehmend in den Hintergrund. Finanzmärkte entwickelten ihre eigene Dynamik.



Das →Bruttoinlandsprodukt (BIP) umfasst den Gesamtwert aller Waren und Dienstleistungen, die innerhalb eines Jahres innerhalb der Landesgrenzen einer Volkswirtschaft hergestellt werden (inkl. Abschreibungen), bzw. beziffert auch die Summe aller Einkommen aus der Produktion von Gütern und Dienstleistungen. Zwar steigt das weltweit erzielte BIP seit den 1980er-Jahren kontinuierlich an, doch im Vergleich dazu ist der Gesamtwert des weltweiten Finanzvermögens in diesem Zeitraum noch wesentlich stärker angestiegen.

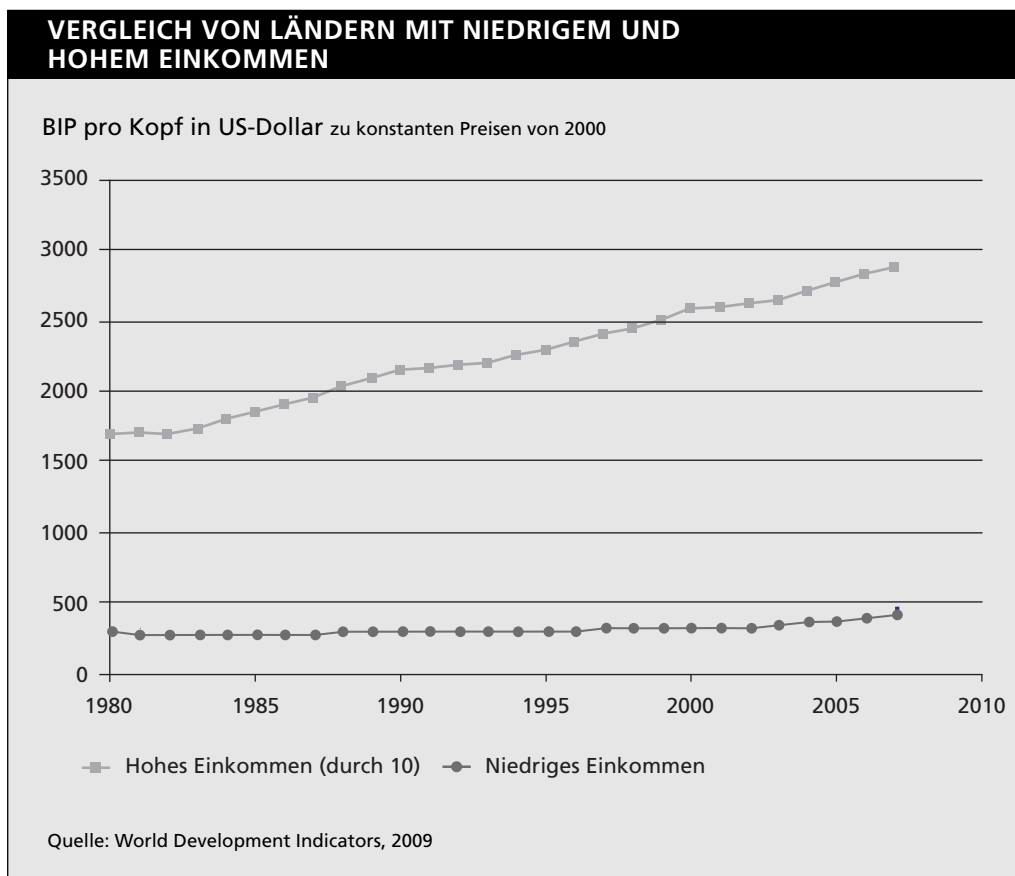
Zunehmende wirtschaftliche Ungleichgewichte und neue Probleme

Während Finanzkapital und Konzerne durch die Liberalisierung frei beweglich wurden, ist Arbeit schon von Natur her aufgrund von Sprache, familiären Bindungen, Freundschaften und Kultur in ihrer internationalen Mobilität beschränkt. Zusätzlich wurde die Arbeitsmobilität auch durch erschwerte Einwanderungsmöglichkeiten, Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen für GastarbeiterInnen verringert. Die Grenzen wurden für das Kapital geöffnet, aber für die Arbeit dicht gemacht.³ Dadurch ging die Schere zwischen Erster und Dritter Welt auf. Noch nie war der Einkommensunterschied zwischen der Ersten und der Dritten Welt so groß wie heute.⁴

Arbeitsmobilität erschwert

Seit Mitte der 1980er-Jahre ist das reale Pro-Kopf-Einkommen der reichen Länder (zu konstanten Preisen vom Jahr 2000) kontinuierlich auf durchschnittlich rund 30.000 US-Dollar gestiegen, während das Jahreseinkommen der armen Länder bei durchschnittlich rund 500 US-Dollar liegt. Ein großes Potenzial an Nachfrage geht dem Weltmarkt und vor allem den reichen Ländern dadurch verloren, dass die Bevölkerung der armen Länder zu wenig Einkommen hat, um die Güter der reichen Länder zu kaufen. Oft verfügt sie sogar über so wenig Einkommen, dass sie die Güter, die sie selbst produziert, nicht kaufen kann.

Wirtschaftspotenzial geht verloren



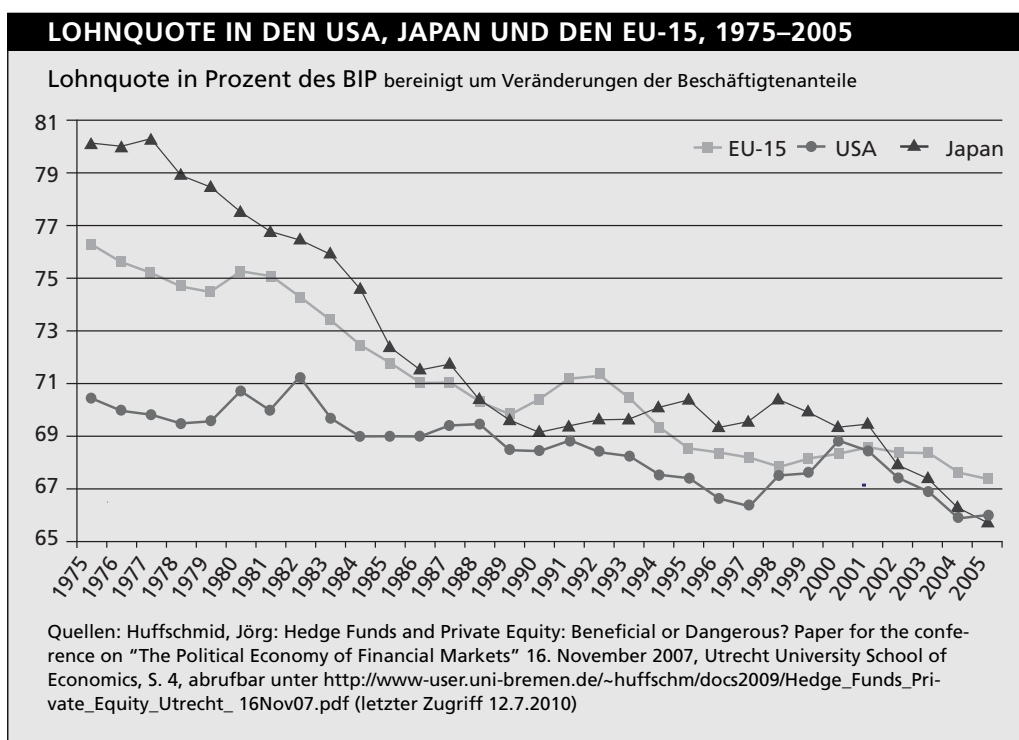
Die Grafik zeigt, wie sich das →Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in den Ländern mit niedrigem Einkommen und mit hohem Einkommen seit 1980 entwickelt hat. Zur Niedrigeinkommensgruppe zählen alle Länder, deren Pro-Kopf-Einkommen im Jahr 2007 unter 935 US-Dollar lag. Zur Hocheinkommensgruppe zählen alle Länder, deren Pro-Kopf-Einkommen 2007 11.456 US-Dollar oder mehr betrug. Die Wertsteigerung des BIP wird anhand konstanter Preise, d.h. inflationsbereinigt, gemessen.

Große Unterschiede auch innerhalb der reichen Länder

Auch innerhalb der reichen Länder haben die Einkommensunterschiede zugenommen. Die verringerte Macht der Gewerkschaften zeigt sich in einem drastischen Fall des Anteils der Lohneinkommen am Gesamteinkommen in den USA, Japan und den EU-15-Ländern. Machten die Löhne 1975 noch beinahe 75 % des Bruttoinlandsprodukts aus, so sind es 2005 nur noch 67 % (vgl. Grafik „Lohnquote“ unten). Da ArbeitnehmerInnen die kaufkräftigste Gruppe sind, hat die Lohnzurückhaltung der letzten 30 Jahre die Gefahr eines Nachfragemangels am Gütermarkt bewirkt.

Viele Arbeitslose, geringere Kaufkraft

Dazu kam, dass immer mehr ArbeitnehmerInnen arbeitslos wurden. Die Arbeitslosenquote stieg in den Industrieländern deutlich an, vor allem seit den späten 1970er-Jahren. (Siehe die Grafik „Arbeitslosigkeit in ausgesuchten Ländern“ in der Onlineversion.) Dies bedeutet, dass die Nachfrage der ArbeitnehmerInnen doppelt beeinträchtigt wurde: Sie erhielten einen geringeren Anteil am Volkseinkommen durch die gesunkene →Lohnquote und sie verloren an Kaufkraft durch steigende Arbeitslosigkeit.



Der Anteil des Lohneinkommens am volkswirtschaftlichen Gesamteinkommen (= Lohnquote) ist in den USA, Japan und den EU-15-Ländern in den vergangenen 30 Jahren kontinuierlich gesunken.

Extreme Verteilungsunterschiede

Nur einige wenige profitierten von der globalen Entwicklung, diese aber dafür extrem. Noch nie war die Einkommensverteilung von Individuen so ungleich wie heute. Während früher ein Kaiser rund 2.000-mal so viel Einkommen hatte als seine Untertanen, verdienen einige →Hedgefonds-Manager eine Million Mal mehr als ein/e NiedrigeinkommensbezieherIn.

Einkommensbeispiel Hedgefonds-Manager

Topverdiener ist der US-amerikanische Hedgefonds-Manager John Paulson. Im Juli 2006 gründete er einen →Hedgefonds mit der alleinigen Strategie, auf den Zusammenbruch des Immobilienmarktes zu wetten. Obwohl er die damalige Meinung der Ratingagenturen (siehe Kasten „Die Rolle der Ratingagenturen“ S. 22 idB) ignorierte, legte sein Fonds 2007 um 590 % zu. Paulson verdiente in diesem Jahr 3,7 Mrd. Dollar. Das Problem

dabei: Er kann dieses Einkommen unmöglich in der Realwirtschaft ausgeben. So viele schicke Autos kann er nicht kaufen, um diesen Betrag zu konsumieren. Immerhin hatte Paulson allein ein höheres Einkommen als 37 Länder dieser Erde, die 2008 ein Bruttoinlandsprodukt aufwiesen, das jeweils unter 3,7 Mrd. US-Dollar lag.⁵ Und in den realen Sektor investieren wird Paulson auch nicht. Denn wer sollte sich die durch diese Investition produzierten Produkte bei einer so ungleichen Einkommensverteilung schon leisten können? Paulson wird daher wieder Finanzanlagen tätigen und dazu beitragen, die nächste Blase aufzubauen.

Ökonomische Ungleichheiten führen zu Krisensituationen

Da Arme ihr Einkommen voll ausgeben, während Reiche einen Teil ihres Einkommens sparen, bewirkt eine ungleichere Einkommensverteilung eine Gefahr für Kaufkraft und Nachfrage. Die Gefahr einer Krise ist gegeben, wenn Ungleichheiten so groß werden, dass der eine Bevölkerungsteil so viel hat, dass er das Einkommen nicht mehr ausgeben kann, und der andere Bevölkerungsteil, der ausgeben könnte, das Einkommen dazu nicht hat. Denn dann lohnt es sich zunehmend auch für Unternehmungen nicht mehr, Güter und Dienstleistungen zu produzieren. Stattdessen werden auch sie mehr und mehr Finanzanlagen halten. Und die Finanzmärkte werden weiter wachsen.

Gefahr für Kaufkraft und Nachfrage

Der Finanzsektor wurde oft auch als realer Sektor interpretiert: Er beschäftige Menschen, sogar solche mit hoher Ausbildung, er produziere Output in Form von Umsätzen der Branche, er mache Gewinne wie andere Branchen auch. Er sei hochinnovativ durch „Finanzinnovationen“. Aber der Finanzsektor produziert nichts, was Menschen zum Leben brauchen. Wenn die Investoren lieber in Finanzanlagen als in Realanlagen investieren und wenn zusätzlich noch der Konsum nur künstlich mit riskanten Krediten an arme, zahlungsunfähige SchuldnerInnen aufrechterhalten wird, dann besteht die Gefahr einer Krise.

Finanzsektor produziert keine Güter

Der schwedische Ökonom Axel Leijonhufvud sprach einst von einem „Korridor“, innerhalb dessen sich ökonomische Variable bewegen müssen.⁶ Wird dieser „Korridor“, diese Bandbreite, innerhalb derer Variablen wie →Lohnquoten, Staatsschulden, →Inflationsraten, Einkommensunterschiede sich bewegen, verlassen, dann explodiert das System und es kann zu keinem stabilen Vollbeschäftigungspfad mehr zurückfinden. Denn außerhalb des Korridors haben Akteure und Akteurinnen nicht mehr die adäquaten Normen und Erwartungen, die gegenseitig konsistent sind, um das System zu stabilisieren. Wenn AnlegerInnen im Moment nicht wissen, ob sie ihre Ersparnisse für die Pension einer Bank anvertrauen sollen, die vielleicht in Konkurs geht, oder in Wertpapiere anlegen sollen, die vielleicht morgen nichts mehr wert sind, oder vielleicht doch nichts sparen und lieber jetzt alles konsumieren sollen, bevor alles verloren geht, sind das Zeichen dafür. Auch die Angst vor Inflation bei derzeit fallenden Preisen ist ein Zeichen, dass wir außerhalb des „Korridors“ sind.

„Korridor“ für ökonomische Variable

Welche Möglichkeiten hat die Wirtschaftspolitik?

Budget- und Steuerpolitik

Kann die Wirtschaftspolitik eigentlich noch etwas dazu beitragen, um die drohende Gefahr einer neuerlichen Krise zu verhindern und die Erwartungen der Wirtschaftssubjekte (Haushalte und Unternehmen, Investoren, SparerInnen und KonsumentInnen) zu stabilisieren?

Stabilität gesucht

Die nationalen Handlungsspielräume sind begrenzt, und doch können nationale Regierungen bei Sparpaketen entscheiden, bei welchen Teilen der Bevölkerung sie Ausgabenkürzungen vornehmen oder welche Teile der Bevölkerung sie steuerlich mehr belasten.

Nationale Spielräume sind vorhanden In der Budget- und Steuerpolitik bestehen daher Spielräume. Ein internationaler Konzern wird seinen Hauptsitz bei Steuererhöhungen nicht gleich verlegen. Denn für SpitzenmanagerInnen des Konzerns ist es wichtiger, ihre Kinder in einer sicheren Umgebung mit guter Infrastruktur und guten Schulen aufwachsen zu sehen, als weniger Steuern zu bezahlen und dafür z.B. hohe Kriminalität und schlechte Infrastruktur in Kauf zu nehmen. Auch ob mehr Militär- oder Umweltausgaben getätigt werden, ist eine Entscheidung der nationalen Budgetpolitik. Oft stehen nationale Regierungen weniger unter Druck der internationalen Entwicklung, als sie vorgeben.

Arbeits- und Sozialpolitik

Aktionsfeld nationaler Politik Arbeits- und Sozialpolitik ist ebenfalls ein Bereich, der immer noch sehr stark national geprägt ist. Ob Arbeitslose ausreichend Arbeitslosengeld bekommen, ob prekäre und illegale Beschäftigungsverhältnisse toleriert werden, ob Obdachlose ein Heim bekommen, ob allein stehende Mütter Zuschüsse und erschwingliche Kindergartenplätze bekommen, ob alte Menschen gut versorgt sind, ist national steuerbar.

Europäische und internationale Ebene Die wichtigsten wirtschaftspolitischen Akteure bewegen sich heute aber auf supranationaler Ebene, wie die EU und die →G-20-Länder. Die Europäische Union leistet in vielerlei Hinsicht einen wichtigen Beitrag zur Wirtschaftspolitik. Welche wirtschaftspolitischen Grundsätze sie vertritt (siehe Beitrag von Kurt W. Rothschild ab S. 5 idB), ist daher nicht unbedeutend für eine Wiederherstellung eines stabilen Systems.

Geldpolitik

EZB in EU bestimmend Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt entscheidet, ob es für Europa wichtiger ist, einen starken Euro und eine niedrige →Inflation zu haben oder einen schwächeren Euro, wodurch teurere Importe und damit mehr Inflation entstehen, aber auch mehr Exporte und Arbeitsplätze.



Quelle: Der Rat der Europäischen Union
Dem Rat für Wirtschaft und Finanzen (EcoFin) gehören die Wirtschafts- und FinanzministerInnen der EU-Mitgliedsstaaten an. Er erstellt und verabschiedet zusammen mit dem Europäischen Parlament den Haushaltsplan der EU und befasst sich mit der Koordinierung der Wirtschaftspolitik.

Schrankenloser Wirtschaftsraum Markante Meilensteine in Richtung einer neoliberalen Wirtschaftspolitik der EU waren das Binnenmarktprogramm von 1985, das die Abschaffung aller Arten von Schranken innerhalb der EU-Länder bis 1992 vorsah, der Maastricht-Vertrag von 1992, der Stabilitäts- und Wachstumspakt von Dublin 1997 und der Amsterdam-Vertrag von 1997, die u.a. die Schaffung einer Währungsunion betrafen.

Gemeinsame Währung Der Maastricht-Vertrag sah die Einführung einer gemeinsamen Währung (des Euro) bis spätestens 1.1.1999 vor. Er definierte sogenannte Konvergenzkriterien als Bedingung für eine Teilnahme an der Währungsunion. Sie legten unter anderem die Grenzen von nationalen Budgetdefiziten (3 % des →BIP) und Staatsschulden (60 % des BIP) und damit die finanzielle Grundlage für die Größe des öffentlichen Sektors fest. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt, der 1997 in Dublin geschlossen und im Vertrag von Amsterdam 1997 weiter befestigt wurde, forderte mittelfristig ein Nulldefizit. Die EU verfolgte somit in den vergangenen Jahren einen neoliberalen Sparkurs, der im Durchschnitt ausgeglichene Finanzen (0 % Defizit) forderte. Während der Finanzkrise hat übrigens kein EU-Land die Kriterien dieser Verträge erfüllt.

Wirtschafts- und Finanzpolitik

Die Lissabon-Strategie⁷ (auch Lissabon-Prozess, -Ziel oder -Agenda genannt) ist ein Programm, das die europäischen Staats- und Regierungschefs und -chefinnen im März 2000 in Lissabon verabschiedet haben. Gemäß der Lissabon-Strategie soll die EU zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt werden. Die Lissabon-Strategie ist der Kern der wirtschafts- und finanzpolitischen Konzeption der EU. Angestrebt wurde ein neoliberaler Umbau in der Wirtschafts- und Sozialpolitik bis 2010, als europäische Variante der weltweiten Gegenreform, die mit dem Ende der weltwirtschaftlichen Kooperation im →Bretton-Woods-System begann.⁸ Wettbewerbsfähigkeit und Innovation als Motor für Wirtschaftswachstum sind die Ziele. Dass ein technisch-ökonomisches Paradigma vorherrscht, äußert sich z.B. in der geforderten „Offenen Methode der Koordinierung“ (= Benchmarking), d.h. dem Gebrauch nüchterner Zahlen, um den Erfolg von Ländern zu beurteilen und Länderreihungen zu veröffentlichen.

EU als wissensbasierter Wirtschaftsraum

Mit Ende 2010 wird die Lissabon-Strategie auslaufen, die nicht in geplantem Umfang umgesetzt werden konnte.⁹ Die Nachfolgestrategie „Europa 2020“ wurde am 17. Juni 2010 vom Europäischen Rat verabschiedet. „Europa 2020“ umfasst die wirtschaftlichen und sozialen Ziele der EU für die nächsten zehn Jahre und sieht als Schlüsselemente intelligentes Wachstum (Entwicklung einer auf Wissen und Innovation gestützten Wirtschaft), nachhaltiges Wachstum (Förderung einer ressourcenschonenden, ökologischeren und wettbewerbsfähigeren Wirtschaft) und integratives Wachstum (eine Wirtschaft mit hoher Beschäftigung und ausgeprägtem sozialen und territorialen Zusammenhalt) vor. Bis zum Jahr 2020 sollen Leitziele in den Bereichen Beschäftigung, Forschung und Innovation, Klimaschutz und Energie, Bildung und Armutsbekämpfung umgesetzt werden.¹⁰

Strategie „Europa 2020“

Bildungspolitik

Auch in der Bildungspolitik spricht man nicht mehr von Ausbilden, sondern von Humankapitalproduktion. Die Studierenden studieren nicht mehr, sondern investieren in Humankapital. Sie sollen für den Arbeitsmarkt möglichst effizient und kostengünstig „beschäftigungsfähig“ gemacht werden. Der Bildungsbegriff wird auf „*Employability*“, auf arbeitsmarktrelevantes Wissen, verengt. Das bildungspolitische Vorhaben verfestigt sich auch im Bologna-Prozess. Er bezeichnet ein politisches Vorhaben zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulwesens bis 2010. Er basiert auf einer nicht bindenden völkerrechtlichen Erklärung, die 1999 in Bologna von 29 BildungsministerInnen (darunter auch aus Österreich) unterzeichnet wurde. Hochschulen sollten zu standortgerechten Dienstleistungsunternehmen umgebaut werden, die im Wettbewerb um die Studierenden als zahlende KundInnen werben und diesen mit Zertifikat Beschäftigungsfähigkeit attestieren. Bildung als Ware, Studium als Investition in Humankapital, die Schaffung eines Bildungs- und Wissensmarkts mit einem einheitlichen Leistungssystem, das übertragbar und gleich ist, waren und sind das Ziel. Im Kommuniqué von Leuven/Louvain-la-Neuve 2009 wurde beschlossen, den Bologna-Prozess bis 2020 fortzusetzen, da noch nicht alle geplanten Ziele vollständig umgesetzt sind.¹¹

Bologna-Prozess an Wirtschaft orientiert

Unis als Dienstleistungsunternehmen

In der Ökonomieausbildung begann dieser neoliberale Trend bereits in den 1980er-Jahren. Schon 1991 äußerte sich die American Economic Association besorgt über die Ausbildungsprogramme, die „wissende Deppen“ (frz. *idiots savants*) produzierten, die technisch geschult, aber völlig unbedarft in Bezug auf reale Phänomene seien. Dass die meisten Ökonomen die Krise nicht vorhersehen konnten, bestätigt diese Befürchtung.

Neoliberale Wirtschaftsausbildung

Die EU hat aber nicht nur neoliberale Wirtschaftspolitik gemacht, die die Finanzmärkte stärker werden ließ, sondern positiv auch für mehr Transparenz und Gleichberechtigung gesorgt und damit auch neue Chancen für Frauen eröffnet.¹²

Gleichberechtigung

Aber die derzeitige EU-Politik ist auch nach der Krise nicht darauf ausgerichtet, die großen ökonomischen Ungleichgewichte zu beseitigen. Hierfür müsste sie zumindest innerhalb Europas für mehr Kaufkraft durch höhere Löhne, Beschäftigung und einen starken öffentlichen Sektor sorgen und von ihrer „Starker Euro“- und Anti-Inflationspolitik abgehen. Sie müsste außerdem dafür sorgen, dass jene Gruppen, die an der Krise am meisten verdient haben, auch einen Beitrag in Form von höheren Steuern leisten.

Reformvorschläge, die diskutiert werden

In jüngster Zeit wurden einige makroökonomische Reformvorschläge präsentiert, die weiter diskutiert werden sollten:

Hilfe bei Leistungsbilanz-Defizit	Rolle des Internationalen Währungsfonds Der US-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Barry Eichengreen ¹³ beschäftigte sich damit, welche Rolle der Internationale Währungsfonds (IWF) bei der Krisenbekämpfung einnehmen könnte. Unter anderem schlug er vor, dass Länder mit einem →Leistungsbilanz-Überschuss in den IWF einzahlen sollen, um somit Länder mit einem Leistungsbilanz-Defizit zu finanzieren. Wenn die Länder mit Leistungsbilanz-Defizit nicht mehr zahlen können, verlieren vor allem die Länder mit einem Überschuss in der →Leistungsbilanz (darunter auch Österreich) Exportaufträge, wodurch in der Exportwirtschaft Arbeitsplätze verloren gehen. Statt den freien Markt und Arbeitslosigkeit zuzulassen, sollten die Überschussländer den Defizitländern lieber Geld leihen (oder auch teilweise schenken), sodass diese wieder Güter bei den Überschussländern nachfragen können.
Abhängigkeit von den USA	Kunstwährung Forderungen weg vom Dollar hin zu einer globalen Kunstwährung, die zum Beispiel aus Yen, Dollar und Euro besteht, um so die Abhängigkeit der Weltwirtschaft von den USA und ihrer Ankerwährung zu unterbinden. Der →Wechselkurs sei trotz Verschuldung der USA künstlich so lange hoch gehalten worden, weil eben alle in US-Dollar veranlagt hatten und das Fallen des US-Dollars verhindern wollten.
Neue Rolle des Staates	Weltfinanzorganisation Eine Weltfinanzorganisation, an der alle Länder teilnehmen, wird gefordert – und damit eine neue Rolle des Staates: „Das Finanzsystem zählt wie die Daseinsvorsorge aufgrund seiner systemischen Bedeutung zu dem für die Öffentlichkeit wahrscheinlich bedeutendsten strategischen Wirtschaftszweig.“ ¹⁴
Steuer auf Finanztransaktionen Spekulieren weniger lukrativ machen	Neue Formen der Besteuerung Verschiedene Formen der Besteuerung von Finanztransaktionen werden zur Zeit diskutiert (siehe auch den Beitrag von Wilfried Altzinger und Margit Schratzenstaller ab S. 25 idB). Eine Bankensteuer ist in Diskussion (siehe Kasten S. 24 idB), auch eine Tobin-Steuer auf Finanztransaktionen wird wieder erwogen. Wie der Ökonomenobelpreisträger James Tobin bereits im Jahr 1981 feststellte: Wenn auch nur ein kleiner Prozentsatz, z.B. ein Viertelprozent, jeder kurzfristigen Finanztransaktion als Steuer auferlegt wird, ist dies Sand im Getriebe, macht spekulative Finanztransaktionen weniger lukrativ und bringt dem öffentlichen Sektor auch Steuereinnahmen. Diese sogenannte Tobin-Steuer kann auch als kleine Kompensation an die Öffentlichkeit zu sehen sein für die Schäden, die die Finanzkrise verursacht hat, ohne dass die VerursacherInnen bis dato zur Verantwortung gezogen worden sind.

Am allerwichtigsten aber ist eine seriöse Debatte um die Einkommens- und Vermögensverteilung.

- 1 Scharpf, Fritz/Schmidt, Vivienne: *Welfare and Work in an Open Economy*. New York 2000.
- 2 Huffs Schmid, Jörg: *Hedge Funds and Private Equity: Beneficial or Dangerous?* Paper for the conference on "The Political Economy of Financial Markets" 16. November 2007, Utrecht University School of Economics, S. 2, abrufbar unter http://www-user.uni-bremen.de/~huffschm/docs2009/Hedge_Funds_Private_Equity_Utrecht_16Nov07.pdf (letzter Zugriff 12.7.2010).
- 3 Rosenberger, Sieglinde/Talos, Emmerich: *Sozialstaat. Probleme, Herausforderungen, Perspektiven*. 2003
- 4 OECD: *Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD Countries*, 2008.
- 5 http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_L%C3%A4nder_nach_Bruttoinlandsprodukt, (letzter Zugriff 5.7.2010)
- 6 Leijonhufvud, Axel: *Out of the corridor: Keynes and the crisis*. *Cambridge Journal of Economics* 33(4), 2009, S. 741–757, abrufbar unter <http://cje.oxfordjournals.org/cgi/content/abstract/33/4/741> (letzter Zugriff 12.7.2010).
- 7 Weitere Zwischenetappen bis zum Lissabon-Gipfel, auf die hier nicht eingegangen wird, sind der Luxemburg-Prozess (1997), der Cardiff-Prozess (1998) und der Köln-Prozess (1999). Siehe http://wikipedia.org/wiki/Vertrag_von_Maastricht für weitere Information.
- 8 Siehe Huffs Schmid, Jörg; ebenso Altzinger/Schratzenstaller S. 25 idB.
- 9 http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Magazine/Magazin_Europapolitik/066/sw-1-europa-2020-neue-strategie.html (letzter Zugriff 2.8.2010)
- 10 <http://ec.europa.eu/eu2020/pdf/COMPLET%20%20DE%20G-2010-80021-06-00-DE-TRA-00.pdf> (letzter Zugriff 2.8.2010)
- 11 http://europa.eu/legislation_summaries/education_training_youth/lifelong_learning/c11088_de.htm (4.8.2010)
- 12 Himpele, Klemens/Prausmüller, Oliver: *Bologna – und weiter?*, in: *Kurswechsel* 1/2010, S. 113–117.
- 13 Eichengreen, Barry: *Out of the Box Thoughts about the International Financial Architecture*, IMF Paper 09/116, 2009.
- 14 Schubert, Helene: *Paradigmenwechsel in der Beurteilung von Finanzmärkten*, in: *WISO* 4/2008, S. 24.

Weiterführende Literatur

Buiter, Willem: *The unfortunate uselessness of most "state of the art" academic monetary economics*, March 3, 2009, abrufbar unter http://www-personal.umich.edu/~rudib/uselessnessmonetarymacro_buiter.pdf (letzter Zugriff 12.7.2010).

Hemerijck, Anton/Unger, Brigitte/Visser, Jelle: *How Small Countries Negotiate Change. 25 years of Policy Adjustment in Austria, Belgium and the Netherlands*, in: Scharpf, Fritz/Schmidt, Vivienne: *Welfare and Work in an Open Economy*, Bd. 2. New York 2000, S. 176–263.

Huffs Schmid, Jörg: *Kritik der Lissabon-Strategie. Alternativer Ecofin*, 21. April 2007 Berlin und Lubljana 2008, abrufbar unter http://www-user.uni-bremen.de/~huffschm/docs2009/Lissabon-Strategie_AI%F6tereco_25-4-07_Berlin.pdf (letzter Zugriff 12.7.2010)

Huffs Schmid Jörg: *Finanzmärkte: Neue Akteure und Strategien und ihre Bedeutung für das „europäische Sozialmodell“* (August 2008), abrufbar unter http://www-user.uni-bremen.de/~huffschm/docs2009/Finanzmaerkte_Neue_Akteure_Strategien_RLS8-08.pdf (letzter Zugriff 12.7.2010)

IMF: *Global Financial Stability Report. Responding to the Financial Crisis and Measuring Systemic Risk*. Washington, DC, April 2009.

IMF: *World Economic Outlook. Crisis and Recovery, World Economic and Financial Surveys*. Washington, DC, April 2009.

IMK – Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung: *Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise (III). Die Rolle der Ungleichheit*, hrsg. v. Gustav Horn, Katharina Dröge, Simon Sturn, Till van Treeck, Rudolf Zwiener, in: *IMK Report Nr. 41*, September 2009.

OECD: *Society at a Glance 2009: OECD Social Indicators*, 2009.


Unger, Brigitte: *Wer ist schuld an der Finanzkrise?*, in: *Kurswechsel, Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen* 1/2010, S. 24–38.

Unger, Brigitte: *Österreichs Beschäftigungspolitik 1970–2001*. Forum für politische Bildung. Wien 2001.

Winckler, Georg: *Das Ende der aktiven Nominalzinspolitik in Österreich*, in: *Wirtschaftsanalysen* 4/1980, S. 1–18.

Brigitte Unger, Univ.-Prof.

Studium der Ökonomie an der Universität Wien, der Wirtschaftsuniversität Wien und am Institut für Höhere Studien. 1998 a.o. Professorin an der Wirtschaftsuniversität Wien. Seit 2002 ordentliche Professorin für Finanzwissenschaft an der Universität Utrecht, School of Economics. Beraterin des holländischen Finanzministeriums, Innenministeriums und Familienministeriums, der UNODC, der EU und EUROSTAT zu Fragen der Wirtschaftspolitik. Publikationen u.a. über Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik, Arbeitslosigkeit und Rolle der Sozialpartnerschaft. In den letzten Jahren arbeitet sie vor allem über die Themen Geldwäsche und Steuerhinterziehung und hat dazu mehrere Bücher und Artikel geschrieben.



ONLINEVERSION

Ergänzende Informationen zu diesem Artikel finden Sie in der Onlineversion der *Informationen zur Politischen Bildung* auf www.politischebildung.com

- ▶ Kasten: Wirtschaftskriminalität
- ▶ Arbeitswissen: Arbeitslosenquote in ausgesuchten Ländern

DIE ROLLE DER RATINGAGENTUREN

Die Rolle der Ratingagenturen als unabhängige Gutachter wurde mit dem enormen Wachstum der Finanzmärkte seit Beginn der 1990er-Jahre stark erweitert. In den USA wurden private Ratingagenturen oft als Verursacher der Finanzkrise gesehen. Agenturen wie Moody's, S&P, Fitch IBCA und Duff&Phelps hätten neue Produkte von Banken wie strukturierte Wertpapiere (gebündelte alte Wertpapiere, z.B. wurden alte Hypothekendarlehen von KundInnen mit guter und schlechter Qualität gemischt und als neues Produkt auf den Markt gebracht) falsch beurteilt. Wenn die Ratingagentur das Produkt einer Bank nicht mit einem AAA, der höchsten Bonitätsstufe, bewertete, war es auf dem Markt viel weniger wert.

Den Ratingagenturen wurde vorgeworfen, sie hätten die Produkte absichtlich zu positiv bewertet, weil sie sich ihrem Kunden (der Bank, die den Auftrag zum Rating gab und dafür bezahlte) mehr verpflichtet fühlten als den ahnungslosen KäuferInnen dieser strukturierten Wertpapiere. Auch hätten sie keinen Überblick mehr über die ursprünglichen HypothekenschuldnerInnen gehabt, da das Produkt oft über mehrere Banken und Zweckgemeinschaften gehandelt wurde, bevor es ihnen zum Rating vorlag. Ferner hätten sie das systemische Risiko völlig ignoriert: Ein und dasselbe Produkt ist in einer soliden Wirtschaftslage wesentlich sicherer als in einer Zeit von Hochspekulation. Anders als in den USA haben in Europa Banken ihre Produkte und jene ihrer eigenen Zweckgemeinschaften (oft eine Abteilung oder Tochter innerhalb der eigenen Bank) meist selbst geratet. Auch das hat zu Kritik geführt und dazu, dass man Banken als Verursacher der Finanzkrise sah.

Regierungen wurden ebenso immer stärker von privaten Ratingagenturen abhängig, denn auch Staatsverschuldung (in Form von →Staatsanleihen) wurde und wird von privaten Agenturen bewertet. Von europäischen Regierungen emittierte Staatsanleihen müssen nun von privaten Agenturen geratet werden. Die „Financial Times Deutschland“ spricht von „Europa in einer Ratingfalle“: Staatsanleihen erhalten aufgrund gestiegener Staatsschulden ein schlechteres Rating. Die Politik vernimmt die Botschaft „Mehr und schneller sparen“. Aber die Ratingagenturen stufen weiter herunter, weil dieses Sparen unprognostizierbare negative Auswirkungen auf das Wachstum haben könnte. Die Politik steht also nun paralysiert unter dem skurrilen Damoklesschwert privater Ratinggesellschaften, die jeden Schuldenauf- und jeden Schuldenabbau gleichermaßen negativ beurteilen.

Sowohl nach den Erfahrungen in den USA als auch nach den jüngsten Erfahrungen mit dem Rating von →Staatsanleihen stellt sich daher die Frage, ob private Ratingagenturen in der Lage sind, Finanzprodukte korrekt zu beurteilen, und ob es nicht sinnvollere Alternativen gibt.

Gegen private Ratingagenturen sprechen:

1. Überforderung durch Finanzinnovationen

Die Methodik der Ratingagenturen beruht fast ausschließlich – und fast unvermeidlich – auf historischen Werten der zu beurteilenden Unternehmen oder Produkte, zu einem sehr geringen Teil noch auf ihrer Umgebung. Finanzinnovationen, insbesondere die sog. „strukturierten“ Produkte, beruhen jedoch überwiegend auf Neuheiten, für die es keine historischen Erfahrungen gibt. Ratingagenturen laufen diesen Innovationen immer hinterher.

2. Gesamtwirtschaftliche Blindheit

Die Aufgabe von Ratingagenturen ist es, die einzelwirtschaftliche Bonität eines Unternehmens, eines Emittenten, einer Anleihe, eines Kredites oder Kreditpaketes oder eines anderen strukturierten Finanzproduktes zu beurteilen. Die Ausfallswahrscheinlichkeit eines Kredites wird auf der Grundlage dieser Daten beurteilt und nicht im gesamtwirtschaftlichen Kontext. Gleiche Finanzprodukte können unter verschiedenen Umständen aber unterschiedliche Qualitäten haben. Diese Umstände sind jedoch nicht Gegenstand des Ratings.

DIE ROLLE DER RATINGAGENTUREN

3. Strukturelle Interessenskonflikte

Ratingagenturen sind privatwirtschaftliche Unternehmen, ihre Einnahmen und Gewinne hängen von den Aufträgen der Unternehmen ab, deren Produkte sie beurteilen sollen und die massives Interesse an einer positiven Beurteilung haben. Auch ohne Bestechung und offene Fälschung ergibt sich hieraus die Versuchung, unter verschiedenen möglichen Bewertungsvarianten die positivste auszuwählen. Angesichts der großen Empfindlichkeit und der Ansteckungsdynamik von Finanzmärkten wäre in der Regel jedoch eine vorsichtiger Bewertung angemessen.

Angesichts dieser systematischen und strukturellen Probleme erscheint es nicht gerechtfertigt, eine Lösung durch die Selbstreinigungskräfte der Märkte und Anreize zur Stärkung dieser Selbstreinigungskräfte zu erwarten.

Reformansätze für Ratingagenturen

1. Aufbau öffentlicher Ratingagenturen auf europäischer Ebene als Bestandteil der europäischen Finanzaufsicht

Dieses Modell hätte drei wesentliche Vorteile

- ▶ Der Interessenskonflikt zwischen Maximierung der Einnahmen und Neutralität der Beurteilung fällt weg: Als Teil der öffentlichen Finanzaufsicht würden die Ratingagenturen entweder aus öffentlichen Mitteln oder aus Beiträgen der Unternehmen finanziert, die diese Ratings in Anspruch nehmen (müssen).
- ▶ Die gesamtwirtschaftlichen Umstände würden auch berücksichtigt.
- ▶ Öffentliche Ratingagenturen als Teil der Finanzaufsicht geben den Aufsichtsbehörden frühe zusätzliche Informationen und versetzen sie in die Lage, rechtzeitig und damit wirksamer einzugreifen.

2. Entkoppelung von Finanzierung und Beauftragung von Ratingagenturen

Dies könnte dadurch geschehen, dass für die Tätigkeit der privaten Ratingagenturen – ähnlich wie bei Notaren – eine Gebührenordnung auf europäischer oder nationaler Ebene erlassen wird. Die Gebühren werden aus einem Fonds finanziert, dessen Mittel aus Umlagen der Unternehmen (oder Länder) stammen, die die Ratingagenturen in Anspruch nehmen. Die Ratingagenturen erhalten also keine Mittel von den Unternehmen, die oder deren Produkte sie bewerten, während die Unternehmen die Leistungen der Ratingagenturen jedoch sehr wohl finanzieren müssen.

Die Schaffung einer europäischen oder gar globalen Ratingagentur wäre sicher ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings sind auch andere wirtschaftspolitische Maßnahmen erforderlich: Wesentlich ist hierbei, die Komplexität von Finanzprodukten einzudämmen (bestimmte Konstruktionen wie →Derivate zu verbieten) und die Ursache für die zu hohe Liquidität zu beseitigen, die zu immer neuen Anlageformen zwingt: die ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung (s. Beiträge von Brigitte Unger ab S. 13 idB und Markus Marterbauer ab S. 35 idB).

1 Financial Times Deutschland, 11. Juli 2010: Gästeblock „Europa in der Ratingfalle“, von David Milleker, abrufbar unter <http://www.ftd.de/wirtschaftswunder/index.php?op=ViewArticle&articleId=2454&blogId=16>

Quelle: Prof. Dr. Jörg Huffschmid: Stellungnahme zum Fachgespräch „Rolle und Verantwortung der Ratingagenturen im aktuellen Finanzmarktgeschehen“ am 13. Februar 2008, abrufbar unter http://www-user.uni-bremen.de/~huffschm/docs2009/Rating-Agenturen_Feb_08.pdf (letzter Zugriff 15.7.2010);



Quelle: wikimedia commons/Eric Chan
Die Europäische Zentralbank ist auf EU-Ebene für die Aufsicht über die Kreditinstitute und die Stabilität der Finanzmärkte zuständig.

Brigitte Unger

FINANZTRANSAKTIONSSTEUER UND BANKENSTEUER

Finanztransaktionssteuer

Eine der ersten Überlegungen zu einer Finanztransaktionssteuer auf Börsen geht auf John Maynard Keynes (nach der Weltwirtschaftskrise 1929) im Jahr 1936 zurück. Ferner wird das Prinzip solch einer Steuer häufig auch mit der 1972 vom Ökonomenobelpreisträger James Tobin vorgeschlagenen Tobin-Steuer verbunden (siehe S. 20 idB). Er wollte nach dem Zusammenbruch des Systems fester → Wechselkurse von → Bretton Woods mit einer Finanztransaktionssteuer Devisengeschäfte verteuern und so → Devisenspekulationen und Wechselkurschwankungen erschweren.

Im Zuge der weltweiten Finanzkrise ab 2007 wurde insbesondere in Europa die Einführung einer Finanztransaktionssteuer angeregt, um Finanztransaktionen und das Anwachsen der Finanzmärkte einzudämmen und einen Beitrag der Finanzmärkte zur Sanierung einzufordern.

Eine Finanztransaktionssteuer besteuert das Transaktionsvolumen bei Zustandekommen jeder (Art von) Transaktion. Banken sind insofern betroffen, als sie z.B. Geschäfte im Auftrag von KundInnen ausführen. Basis dieser Steuer sind sämtliche Finanztransaktionen mit Aktien, Wertpapieren, Derivaten von Finanzprodukten und Rohstoffen. Die Höhe des Steueraufkommens hängt von der Höhe des Steuersatzes ab (heute werden 0,01 %–0,1 % diskutiert), von der Steuerbasis, davon, wie stark die AnlegerInnen auf die Steuer reagieren (Reaktion des Transaktionsvolumens auf die Steuer), sowie vom Ausmaß der Steuerflucht (bzw. Steuermigration).

Eine Steuer, die alle Finanztransaktionen umfasst, wurde bisher in keinem Land eingeführt. Jedoch bestehen und bestanden in vielen Ländern Kapitalverkehrssteuern, die Teilaspekte abdecken (z. B. die Abgabe für Neuemissionen von Wertpapieren in der Schweiz).

Bankensteuer

Die Bankensteuer (oder -abgabe) zielt direkt auf die Banken. In der medialen Berichterstattung wird zwischen einer Fondslösung (Einzahlung der Abgabe, die auf Teile der Bankenbilanzsumme erhoben wird, in einen Fonds, der dann in Krisenzeiten Banken sanieren kann) nach dem Vorbild Schwedens und einer Bankenabgabe (Zahlung an den Bund) unterschieden, mit der unmittelbar das Budgetdefizit gesenkt werden kann. Die Europäische Union diskutiert derzeit Vorschläge einer Fondslösung (EU-weiter Fonds, Netzwerk harmonisierter nationaler oder nicht-harmonisierter Fonds).



© fotolia.de

- ▶ *Schweden* hat bereits im Herbst 2008 als Bankenabgabe eine sogenannte Stabilitätsgebühr (0,018 % ausgewählter Bilanzpositionen bzw. 0,036 % ab 2011) angekündigt, die Anfang 2010 eingeführt wurde. Sie dient der Dotierung eines Stabilitätsfonds, der nach 15 Jahren insgesamt 2,5 % des → BIP generieren soll. Dies entspricht den erwarteten Kosten der Bankenkrise.
- ▶ *Belgien*: 2009 kündigte der damalige Premierminister Herman van Rompuy an, ab 2011 eine Abgabe auf Banken und Lebensversicherungen einzuheben. Die Bankensteuer wurde bereits im Dezember 2009 eingeführt.
- ▶ *Ungarn*: In Ungarn wurde im Juli 2010 die Einführung einer Bankensteuer beschlossen. Banken müssen für das Jahr 2010 0,45 Prozent ihrer Bilanzsumme entrichten.¹ (Stand August 2010)
- ▶ *USA*: Die im Zuge der US-Finanzmarktreform von Präsident Barack Obama geplante Bankenabgabe wurde vom US-Kongress im Juni 2010 abgelehnt.

1 Die Presse, 22. Juli 2010: „Konjunkturspritze: Ungarns Bankensteuer beschlossen“, <http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/583035/index.do?from=suche.intern.portal> (letzter Zugriff 2.8.2010)

Quelle: OeNB: Ökonomische Analyse des Vorschlags zur Einhebung einer Bankenabgabe in Österreich, Österreichische Nationalbank, 19.2.2010.

Brigitte Unger